

## Antrag

der Abgeordneten **Angelika Weikert, Christa Steiger, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Thomas Beyer, Annette Karl, Bernhard Roos, Inge Aures, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Franz Maget, Markus Rinderspacher SPD**

**Die Empfehlungen der Kommission zum zweiten Sozialbericht dürfen nicht länger ignoriert werden!**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, noch in diesem Jahr auf Landesebene sowie im Bundesrat Gesetzesinitiativen zur Prävention von Armut – insbesondere der prognostizierten Altersarmut – durch die Eindämmung atypischer Beschäftigung und die Sicherung ausreichender Erwerbseinkommen vorzulegen.

Diese Initiativen sollen insbesondere folgende Maßnahmen umfassen:

- Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes und Einbeziehung aller Arbeitsverhältnisse in die Sozialversicherungspflicht sowie Einschränkung der Möglichkeiten zur Befristung von Arbeitsverträgen,
- Stärkung der Tarifbindung sowie Sicherstellung der Bezahlung nach Branchentarif und Erleichterung der Erteilung von Allgemeinverbindlichkeitserklärungen,
- Eindämmung des Missbrauchs von Zeitarbeit durch die gesetzliche Gleichstellung von Stammbeschäftigten und Leiharbeitern bei den Löhnen und die Wiedereinführung des Synchronisationsverbots,
- Bekämpfung der Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen und Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, insbesondere durch attraktive Angebote in der Kinderbetreuung,
- Schaffung eines über Modellprojekte hinausgehenden „sozialen Arbeitsmarktes“ zur Integration und Qualifikation von Langzeitarbeitslosen,
- Schaffung einer gesetzlichen Regelung zur Durchsetzung der Tariftreue bei öffentlichen Auftragsverfahren in Bayern (Tariftreuegesetz).

## Begründung:

Unter breiter Einbeziehung von Experten aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Institutionen und Verbänden hat die von Ministerpräsident Seehofer eingesetzte Kommission „Anforderungen aus dem zweiten Bayerischen Sozialbericht“ einen umfassenden Maßnahmenkatalog zur Eindämmung atypischer Beschäftigung und zur Prävention der mit ihr einhergehenden Armutsrisiken erarbeitet. Der Bericht „Soziale Lage in Bayern 2011“ hat erneut die Brisanz des Themas und die Notwendigkeit zum politischen Handeln deutlich gemacht. Umso unverständlicher ist der Umgang des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Frauen mit den Handlungsempfehlungen der Kommission. Die im März vorgelegte Stellungnahme des Ministeriums verwirft einen Großteil der von den Experten unterbreiteten Vorschläge und entwickelt u.E. keine zufriedenstellenden Alternativen. Insbesondere die von den Experten prognostizierte Altersarmut droht deshalb einzutreffen. Angesichts dieser Bedrohung dürfen die Vorschläge der Kommission nicht länger ignoriert werden, sondern müssen zügig durch Gesetzesinitiativen auf Bundes- und Landesebene umgesetzt werden.